

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der 1. Mai gehört uns. Heute feiern wir den Tag der internationalen Arbeiterbewegung. Den Tag, an dem wir besonders für unsere Rechte kämpfen. Unter dem Motto „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“! haben sich der DGB und seine Gewerkschaften heute Morgen hier auf diesem Platz getroffen.

„Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“! dazu gehört auch eine gute Pflege in unseren Krankenhäusern und Altenheimen. Fast jeder von uns hat selbst erleben müssen, dass dringend gehandelt werden muss, um in Krankenhäusern und Pflegeheimen die Personalausstattung zu verbessern.

Die hohe Arbeitsbelastung und der Mangel an Personal gefährden nicht nur die Qualität der Versorgung, sondern auch die Gesundheit der Beschäftigten.

Die Arbeitsbedingungen machen Beschäftigte in der Pflege überdurchschnittlich häufig und lange krank. Sie verursachen, dass Beschäftigte in der Pflege deutlich stärker von Erwerbsminderungsrente betroffen sind als andere

Berufsgruppen Sie beeinflussen die Ausbildungsqualität negativ und sorgen dafür, dass junge Menschen die Ausbildung erst gar nicht beenden oder direkt danach Perspektiven außerhalb des Pflegebereichs suchen.

Wir stellen fest: tagtäglich wird in Krankenhäusern und in der Altenpflege gegen Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorgaben verstoßen. So können z. B. Hygienevorgaben nicht eingehalten werden, weil die Zeit für 30 Sekunden Händedesinfektion vor und nach jedem Patientenkontakt fehlt. Der ver.di-Aktionstag im letzten Jahr, für den geplant war, vorschriftsmäßig und angekündigt die Hände zu desinfizieren, musste bereits am Vormittag abgebrochen werden, weil sonst der Klinikbetrieb zusammengebrochen wäre.

Die Personalausstattung ist der entscheidende Faktor für die Arbeitssituation der Beschäftigten; und die Arbeitssituation der Beschäftigten ist ausschlaggebend für die Qualität der Patientenversorgung und die Versorgung pflegebedürftiger Menschen – und damit auch für die Chancen, genügend Pflegepersonal zu gewinnen. Wie gut ein Krankenhaus behandelt, wie sicher Bewohnerinnen und Bewohner im

Altenheim versorgt werden, hängt ganz entscheidend davon ab, ob es ausreichendes und gut qualifiziertes Personal hat.

- ! um gut zu versorgen brauchen wir 162.000 Stellen mehr im Krankenhaus, allein 70.000 Stellen in der Pflege.**
- ! In der Altenpflege ist es schon jetzt so, dass in keinem Bundesland rechnerisch eine ausreichende Zahl von Bewerber/-innen für die offenen Stellen zur Verfügung steht. Die Situation wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Bis 2030 werden für die verschiedenen Wohn- und Versorgungsformen mindestens 350.000 zusätzliche Kräfte benötigt, davon rund 130.000 Pflegefachkräfte. Die Koalitionspartner wollen in der stationären Altenpflege 8.000 neue Fachkräfte für die medizinische Behandlungspflege einstellen. Bei mehr als 13.000 stationären Einrichtungen sind das rechnerisch nur 0,6 Stellen pro Einrichtung. Zu wenig, um wirksam Beschäftigte zu entlasten und Pflegebedürftige besser versorgen zu können.**
- ! Verbindliche Personalvorgaben, die ver.di für die Altenpflege und die Krankenhäuser fordert, sind**

erforderlich, um die notwendigen Fachkräfte in der Pflege zu halten und junge Menschen für den Beruf zu gewinnen

Und noch etwas ist unerlässlich: eine gute Bezahlung, mindestens 3.000 € im Monat müssten es schon sein.

Doch wie sieht die Realität aus? Viele Beschäftigte arbeiten in Teilzeit – oft nicht freiwillig – da reicht das Geld nicht bis zum Monatsende und Altersarmut ist vorprogrammiert.

Dort, wo wir Tarifverträge abgeschlossen haben, ist die Bezahlung höher als in Betrieben ohne Tarifbindung – im Schnitt um 24 Prozent. Doch viele kommerzielle

Unternehmen und deren Arbeitgeberverbände weigern sich, Tarifverträge zu verhandeln, denn sie sind der Profitgier ihrer Aktionäre mehr verpflichtet als den Beschäftigten, Patienten und Bewohnern. Dabei steht fest: die Versorgung alter und kranker Menschen gehört zur öffentlichen

Daseinsvorsorge und damit nicht in die Hand von Hedge-Fonds und großen Gesundheitskonzernen. Es sind unser aller Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung die in unserem Gesundheitssystem in hohem Maße privatisiert und auf den Konten der Aktionäre landen anstatt für gute

Pflege und ordentliche Arbeitsbedingungen verwendet zu werden.

Nur mit einer flächendeckend guten Bezahlung, einer deutlich besseren Personalausstattung, attraktiven und gesundheitsförderlichen Arbeitsbedingungen, hochwertiger Ausbildung und dem Eingehen auf individuelle Bedürfnisse von Beschäftigten können Fachkräfte gewonnen und gehalten werden.

Am 20. Juni findet die alljährliche Gesundheitsministertagung in Düsseldorf statt. Das wollen wir zum Anlass nehmen, unseren Forderungen für die Pflegebranche Nachdruck zu verleihen. Haltet euch den Termin frei und kommt mit uns nach Düsseldorf um Herrn Spahn, Herrn Laumann und den anderen Ministern einen gebührenden Empfang zu bereiten. Wir werden Busse für den Tag bereitstellen und laden euch alle ein, mitzukommen und der Politik zu zeigen, wie wir uns menschenwürdige Pflege vorstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in der Pflege ist weiblich. Es geht also nicht nur um die materielle

Anerkennung der Arbeit in der Pflege, sondern auch um die Aufwertung „klassischer“ Frauenberufe.

Noch immer verdienen wir Frauen im Schnitt 21 % weniger als unsere männlichen Kollegen. Der Mindestlohn in der Pflege liegt aktuell bei 10,55 €, im Bauhauptgewerbe bei 12,20 €. Das ist ein Unterschied von 16 %. Dabei sind wir uns doch alle einig, dass die Anforderungen in etwa gleichwertig sind. Aber: Pflege ist weiblich, Bauen ist männlich.

Wir stellen außerdem fest:

- ! Mehr als 50 % eines Abiturjahrgangs sind Mädchen. Ihr Anteil an den Studierenden liegt ebenfalls bei über 50 %, bei den Promotionen aber nur bei 39 %.**
- ! Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen insgesamt liegt bei 42 %, in der ersten Führungsebene liegt er jedoch nur bei 25 %, in Großbetrieben über 500 Beschäftigten sogar nur bei 9 %.**

Fast 8 Millionen Menschen arbeiten sozialversichert in Teilzeit, davon 4,8 Millionen unter 20 Stunden in der Woche. Das betrifft vor allem uns Frauen. Fast jede zweite von uns arbeitet in Teilzeit. Und warum? Weil es vor allem wir Frauen sind, die Kinder

erziehen, Mütter und Schwiegerväter pflegen und die Hausarbeit verrichten.

Wir zahlen einen hohen Preis dafür: Zwei Drittel von uns verdienen zu wenig, um mit ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt zu sichern, von einer anständigen Altersvorsorge ganz zu schweigen.

Wenn wir unsere Arbeitszeit reduzieren, droht die Teilzeitfalle.

Und selbst wenn wir wieder in Vollzeit arbeiten, klafft unverändert die Entgeltlücke zwischen den Geschlechtern – und das seit Jahrzehnten.

Wir müssen aber auch feststellen, dass es „Frauenberufe“ und „Männerberufe“ gibt. Die beliebtesten Ausbildungsberufe bei Mädchen waren im Jahr 2016 Bürokauffrau mit 655 € im ersten Lehrjahr, med. Fachangestellte (Arzthelferin) mit 730 € und Verkäuferin mit 640 €. Bei den Jungen waren es Mechatroniker mit 880 €, Elektroniker mit 800 € und Einzelhandelskaufmann mit 750 €. Der Einkommensunterschied im 1. Lehrjahr zwischen Bürokauffrau und Mechatroniker beträgt 250 € monatlich, das sind über 35 %.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Arbeit am und mit Menschen darf nicht schlechter bezahlt werden als die Arbeit mit Technik. Und wir müssen dafür sorgen, dass

Mädchen und Frauen als Mechatronikerinnen oder Informatikerinnen ebenso selbstverständlich sind wie Jungen und Männer als Erzieher, Krankenpfleger oder med. Fachangestellter.

Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der Männer und Frauen Gute Arbeit haben, sozial abgesichert sind und ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Frieden in Europa und der Welt ist bedroht wie schon lange nicht mehr. Spannungen in Europa nehmen zu. In den Beziehungen zu Russland wird Konfrontation geschürt. Die Zahl von Kriegsbrandherden wächst weltweit. Deutschland ist mit Bundeswehreinsätzen und Waffenexporten in Kriegs- und Krisengebieten beteiligt. Millionen Menschen fliehen vor Krieg, Not, Armut und Leid.

In diesem Klima will die NATO ihren Beschluss zur Hochrüstung und Aufstockung ihrer Rüstungsausgaben durchsetzen. So soll Deutschland den Militäretat von 1,2 % auf 2% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen und wäre damit stärkste Militärmacht in Europa. Das NATO-Ziel

bedeutet eine Steigerung der bundesdeutschen Rüstungsausgaben von etwa 37 Mrd.€ um weitere 30 Mrd.€ auf 67 Mrd.€. Erst am letzten Sonntag hat Verteidigungsministerin von der Leyen 12 Milliarden € mehr für Rüstung verlangt.

Für den Frieden und für jene gesellschaftlichen Bereiche, denen dieses Geld abgezogen oder vorenthalten werden soll, ist das verheerend. Die Umsetzung dieser NATO-Vorgabe erhöht die Kriegsgefahr und treibt den Keil sozialer Spaltung noch tiefer in die Gesellschaft. Aufrüstung gefährdet den Frieden. Und der desolate Zustand von unterfinanzierten gesellschaftlichen Bedarfsweldern, wie in der Daseinsvorsorge, in unseren Kommunen, in Bildungs-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen wird unter der Aufrüstungspolitik weiter leiden.

Gegen die Aufrüstung richtet sich unser Protest. Machen wir unsere Empörung unüberhörbar. Unterstützen wir den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ und die Unterschriftensammlungen dafür. Sprechen wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen, mit unseren Nachbarn und in unseren

Familien über dieses wichtige Thema. Wir wollen Frieden statt militärischer Aufrüstung. Wir wollen Spannungen abbauen und gegenseitiges Vertrauen aufbauen. Wir wollen Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen. Dafür brauchen wir Entspannungspolitik, auch mit Russland. Diese Einsichten wollen wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen kalten Krieg abzuwenden. Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

Mit dem Appell „Abrüsten statt aufrüsten haben sich Gewerkschaftsvorsitzende, Nobelpreisträger, führende Vertreterinnen und Vertreter der Friedens- und Umweltbewegung, bekannte Künstlerinnen und Künstler, kritische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Engagierte Bürgerinnen und Bürger aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bewegungen für Nachhaltigkeit und eine gerechte Welt an die Öffentlichkeit gewendet. Mehr als 40.000 Menschen haben mittlerweile unterschrieben. Der Appell liegt heute am ver.di Stand und auch bei anderen Organisationen zur Unterschrift bereit. Bitte beteiligt euch mit eurer Unterschrift um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, denn abrüsten ist das Gebot der Stunde. Vielen Dank